

Florian Rautenberg

Rechtsstaatswidriges Feindstrafrecht oder notwendige Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung?

Zur Verfassungsmäßigkeit der
§§ 89a, 89b und 91 StGB



Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845256894_1

Generiert durch IP '18.118.195.39', am 04.06.2024, 16:53:36.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sicherheit und Gesellschaft.
Freiburger Studien des Centre for Security and Society

herausgegeben von
Prof. Dr. Hans-Helmuth Gander
Prof. Dr. Walter Perron
Prof. Dr. Ralf Poscher
Prof. Dr. Gisela Riescher
Prof. Dr. Thomas Würtenberger

Band 8

Florian Rautenberg

Rechtsstaatswidriges Feindstrafrecht oder notwendige Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung?

Zur Verfassungsmäßigkeit der
§§ 89a, 89b und 91 StGB



Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845256894_1

Generiert durch IP '18.118.195.39', am 04.06.2024, 16:53:36.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2014

ISBN 978-3-8487-1654-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-5689-4 (ePDF)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Eltern und meine Schwester

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2012/2013 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Anfang Juni 2014 berücksichtigt werden.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Ralf Poscher, an dessen Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war, danke ich herzlichst für die Möglichkeit, diese Arbeit anzufertigen, sowie für die stets gute Betreuung und Diskussionsbereitschaft. Zu Dank verpflichtet bin ich ferner Herrn Prof. Dr. Walter Peron für die wertvolle Kritik und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Beiden Herren sowie den übrigen Herausgebern Herrn Prof. Dr. Hans-Helmuth Gander, Frau Prof. Dr. Gisela Riescher und Herrn Prof. Thomas Würtenberger gilt ferner mein Dank für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe "Sicherheit und Gesellschaft. Freiburger Studien des Centre for Security and Society". Daneben danke ich vor allem meinen Freunden Herrn Niclas Bettien und Herrn Kai Schattenberg, die die mühevollen Arbeit des Korrekturlesens auf sich genommen haben, aber vor allem auch für die schöne Zeit in Freiburg. Zudem bedanke ich mich bei Herrn Benjamin Müller, der mir immer ein wertvoller Gesprächspartner war und stets mit Rat und Tat zur Seite stand.

Ganz besonders danken möchte ich schließlich meinen Eltern Elisabeth und Werner Rautenberg, die mich während meiner juristischen Ausbildung in wirklich jeder Lebenslage unterstützt und mir den nötigen Rückhalt gegeben haben - ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, im Juni 2014

Florian Rautenberg

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Gesetzestext der §§ 89a, 89b und 91 StGB	25
Erster Teil: Einführung	29
A. Anlass der Untersuchung	33
B. Problemstellung und Ziel der Untersuchung	35
C. Gang der Untersuchung	36
Zweiter Teil: (Nationales) Strafrecht als Mittel gegen den (internationalen) Terrorismus	39
A. Charakteristika der §§ 89a, 89b und 91 StGB	39
I. Der strafrechtspolitische Charakter – »juristisches Neuland«?	40
1. Intention des Gesetzgebers	41
2. Die Stellung im Staatsschutzstrafrecht	42
3. Geschützte Rechtsgüter	43
II. Regelungsgehalt des § 89a StGB	45
1. Objektiver Tatbestand	45
a) Die schwere staatsgefährdende Gewalttat, § 89a Abs. 1 StGB	45
b) Tathandlungen, § 89a Abs. 2 Nr. 1 – 4 StGB	46
2. Subjektiver Tatbestand	48
III. Regelungsgehalt des § 89b StGB	48
1. Objektiver Tatbestand	49
2. Subjektiver Tatbestand	49
3. Tatbestandsausschluss, § 89b Abs. 2 StGB	50
IV. Regelungsgehalt des § 91 StGB	50
1. Objektiver Tatbestand	50
a) Das Anpreisen oder Zugänglichmachen, § 91 Abs. 1 Nr. 1 StGB	50
b) Das Sich-Verschaffen, § 91 Abs. 1 Nr. 2 StGB	51
2. Subjektiver Tatbestand	51
3. Tatbestandsausschluss, § 91 Abs. 2 StGB	52
B. (Internationale) Entstehungsgeschichte der §§ 89a, 89b und 91 StGB	53

I.	Der UN-Sicherheitsrat als Weltgesetzgeber?	53
II.	Der Rat der Europäischen Union als supranationaler Strafrechtsgesetzgeber	58
	1. Europäisierung des nationalen Strafrechts	58
	2. Verbindlichkeit europäischer Rahmenbeschlüsse für die Mitgliedstaaten	60
	3. Vorgaben der Rahmenbeschlüsse 2002/475/JI und 2008/919/JI	63
	a) Terroristische Straftaten, Art. 1 Abs. 1 Rahmenbeschluss 2002/475/JI	64
	b) Ausbildung für terroristische Zwecke, Art. 3 Abs. 1 lit. c) Rahmenbeschluss 2008/919/JI	65
III.	Gesetzgebungsverfahren zu den §§ 89a, 89b und 91 StGB	66
	1. Gesetzesentwurf des Bundesrates	68
	2. Gesetzesentwurf der Bundesregierung	69
IV.	Vergleich der §§ 89a, 89b und 91 StGB mit den europäischen Gesetzesvorgaben	70
C.	Die Einordnung der §§ 89a, 89b und 91 StGB im Strafrechtssystem	73
I.	Strukturmerkmale der §§ 89a, 89b und 91 StGB	74
	1. Vorverlagerung der Strafbarkeit	74
	a) Der Begriff der Vorbereitung	76
	b) Exkurs: Historischer Blick auf die Strafbarkeit von Vorbereitungshandlungen	80
	c) Aktuelle »Neujustierung« der Strafbarkeitsgrenze – Vergleich mit den Vorbereitungsdelikten de lege lata	85
	d) Vor- und Nachteile der Vorverlagerung der Strafbarkeit	88
	2. »Versubjektivierung« des objektiven Tatbestandes	90
	3. Generalisierung des Verdachts	93
	4. Wirkung der Strafandrohung – Prävention durch Intervention als neuer legitimer Strafzweck?	94
II.	Die Herausforderung des Terrorismus für den (Straf-) Rechtsstaat	98
	1. Der Begriff des Gesinnungsstrafrechts	99
	a) Entwicklung des »Gesinnungs- bzw. Täterstrafrechts«	99
	b) Cogitationis poenam nemo patitur – verfassungsrechtliche Herleitung	103
	c) Tatstrafrecht versus Täterstrafrecht	107
	2. Der terroristische Gefährder als Zielobjekt des Terrorismusstrafrechts	110
	3. Das Zusammenspiel zwischen Strafverfolgung und Gefahrenabwehr im neuen Staatsschutzstrafrecht	112
	4. Die §§ 89a, 89b und 91 StGB als »Feindstrafrecht«	116

a)	Das feindstrafrechtliche Konzept nach Jakobs	117
b)	Stellungnahme	121
c)	Analyse der §§ 89a, 89b und 91 StGB hinsichtlich feindstrafrechtlicher Ausprägungen	123
aa)	Übereinstimmungen mit typischen Merkmalen des Feindstrafrechts	123
bb)	Unterschiede zum reinen Feindstrafrecht	128
cc)	Resumee: § 89a StGB als typisches Feindstrafrecht	130
III.	Querverweise auf § 89a StGB in der Gesamtrechtsordnung	131
1.	Verweisungen innerhalb des Strafgesetzbuches	132
a)	§§ 89b und 91 StGB	132
b)	§ 92b StGB	132
c)	§ 138 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StGB	134
d)	§ 261 Abs. 1 Nr. 5 StGB	136
2.	Wechselwirkungen zwischen materiellem und prozessuellem Strafrecht – »Akzessorietät« der Strafprozessordnung?	136
a)	Die Rasterfahndung gem. § 98a StPO	139
b)	Die Überwachung der Telekommunikation gem. § 100a StPO	142
c)	Die akustische Wohnraumüberwachung gem. § 100c StPO	144
d)	Das Abhören außerhalb von Wohnungen gem. § 100f StPO	146
e)	Die allgemeine Erhebungsbefugnis für Verkehrsdaten gem. § 100g StPO	146
f)	Der Einsatz eines »IMSI-Catchers« gem. § 100i StPO	147
g)	Die Durchsuchung bei anderen Personen gem. § 103 Abs. 1 S. 2 StPO	147
h)	Der Einsatz verdeckter Ermittler gem. § 110a Abs. 1 Nr. 2 StPO	148
i)	Die Einrichtung von Kontrollstellen gem. § 111 StPO	149
j)	Die Sicherungshaft gem. § 112a StPO	150
k)	Die Netzfahndung nach § 163d StPO	153
l)	Die Vermögensbeschlagnahme gem. § 443 StPO	153
m)	Resumee	154
3.	Verweise außerhalb der Strafrechtsordnung	155
a)	§ 54 Nr. 5b AufenthG	155
b)	Anderweitige Verweisungen	158

Dritter Teil: Terrorismus im Spannungsverhältnis zwischen Strafrecht und Verfassungsrecht	161
A. Strafrecht und Verfassungsrecht	161
I. Aufgabe des Strafrechts	161
II. Begrenzungen des Strafrechts durch die Verfassung	162
III. Der Einfluss der Grundrechte und Verfassungsprinzipien auf den Strafgesetzgeber	168
B. Strafrecht und Terrorismus	170
I. Erscheinungsformen des Terrorismus	170
1. Historische Entwicklungslinien	170
2. Abgrenzung von Nachbarbegriffen	174
a) Terror	175
b) Krieg	180
c) Extremismus	182
d) Radikalismus	186
e) Freiheitskämpfer	187
f) Organisierte Kriminalität	188
3. Funktionsweise des Terrorismus	191
4. Terrorismus im Wandel der Zeit	193
a) Neue terroristische Organisationsstrukturen	197
aa) Terroristische Netzwerke	197
bb) »lone – wolf terrorism«	199
b) Internationalisierung	203
c) Einsatz neuer Angriffsmittel	205
d) Veränderte Zielvorstellungen	207
5. Resumee	209
II. Die legislative Erfassung des Terrorismus	210
III. Probleme des präventiven strafrechtlichen Ansatzes	215
IV. Ausgewählte Strafgesetze mit potentielltem Terrorismusbezug und ihr Verhältnis zu den §§ 89a, 89b und 91 StGB	218
1. Organisationsdelikte	219
a) §§ 129a und 129b StGB	219
b) § 30 StGB	222
c) § 127 StGB	223
2. Individualdelikte	224
a) §§ 80 und 80a StGB	224
b) § 111 StGB	226
c) § 130a StGB	227
d) § 310 StGB	228
e) §§ 328 und 330a StGB	229
f) Nebenstrafrechtliche Bestimmungen	230

3. Fazit zur Erforderlichkeit der §§ 89a, 89b und 91 StGB im strafrechtsinternen Vergleich	230
V. Der strafrechtliche Ansatz der Freiheitsentziehung als ultima ratio	231
1. Vergleichbare (außerstrafrechtliche) Möglichkeiten der Freiheitsentziehung de lege lata	233
a) Maßnahmen der Besserung und Sicherung, §§ 66 ff. StGB	234
aa) Neugestaltung der Regelungen über die Sicherungsverwahrung	235
bb) Möglichkeit der Sicherungsverwahrung von Terroristen	237
cc) Exkurs: Einführung einer präventiven Sicherungsverwahrung?	241
b) Gefahrenabwehrrechtliches Instrumentarium	243
aa) Maßnahmen der Polizeibehörden der Länder	244
bb) Maßnahmen des Bundeskriminalamtes	245
c) Ausländerrechtliche Befugnisse	247
aa) Einreiseverweigerung	247
bb) Ausweisung	249
cc) Abschiebungshaft	250
2. Fazit zur Erforderlichkeit des neuen Staatsschutzstraf- rechts	252
 Vierter Teil: Die verfassungsrechtliche Beurteilung der §§ 89a, 89b und 91 StGB	 254
A. Formelle Verfassungsmäßigkeit des GVVG – Gesetzgebungskompetenz des Bundes	254
I. Bundesgesetzgebungskompetenz nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG - Auslegung des Begriffs »Strafrecht«	255
II. Die §§ 89a, 89b und 91 StGB als strafrechtliche »Vorfeld- Gefahrenabwehr«	256
B. Grundrechtsdogmatische Vorüberlegungen	260
I. Schutzbereichseröffnung trotz Verwirklichung eines Straftatbestandes	260
II. Notwendige Untergliederung der Strafnormen in Verhaltens- und Sanktionsvorschriften	262
III. Verfassungsrechtlicher Prüfungsmaßstab	265
C. Materielle Verfassungsmäßigkeit der durch das GVVG implementierten §§ 89a, 89b und 91 StGB	267

I.	Grundrechtseingriffe durch die strafrechtlichen Verhaltensnormen	267
1.	Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG – Informationsfreiheit	268
	a) Schutzbereich	268
	b) Eingriff durch die §§ 89a Abs. 2 Nr. 1 Alt. 2, 91 Abs. 1 Nr. 2 StGB	270
	c) Schranken des Art. 5 Abs. 2 GG – die §§ 89a und 91 StGB als allgemeine Gesetze	271
	d) Grenzen staatlicher Grundrechtseingriffe (Schranken-Schranken)	272
	aa) Die Bestimmtheit der »Tat« nach Art. 103 Abs. 2 GG	272
	bb) Die Verhältnismäßigkeit der §§ 89a, 89b und 91 Abs. 1 Nr. 2 StGB i.w.S.	299
2.	Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG – Meinungs- und Pressefreiheit	309
	a) Schutzbereiche	309
	aa) Meinungsfreiheit	309
	bb) Pressefreiheit	311
	b) § 91 Abs. 1 Nr. 1 StGB als Schranke iSd. Art. 5 Abs. 2 GG	312
	c) Grenzen staatlicher Grundrechtseingriffe	313
	aa) Die Bestimmtheit der »Umstände der Verbreitung«	313
	bb) Die Verhältnismäßigkeit des § 91 Abs. 1 Nr. 1 StGB	315
3.	Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG – Allg. Persönlichkeitsrecht	318
	a) Schutzbereich	318
	b) Eingriff	320
	c) Schranke - § 89a Abs.1 iVm. Abs. 2 Nr. 1 StGB	320
	d) Grenzen staatlicher Grundrechtseingriffe	321
	aa) Der absolute Schutz des Kernbereichs	321
	bb) Verletzung des Kernbereichs durch gesinnungsstrafrechtlichen Ansatz?	323
4.	Art. 2 Abs. 1 GG – Allgemeine Handlungsfreiheit	329
	a) Schutzbereich/Eingriff	329
	b) Schranken, §§ 89a Abs. 2 Nr. 1 Alt. 1, Abs. 2 Nr. 2 – 4, 89b Abs. 1 StGB	329
	c) Grenzen staatlicher Grundrechtseingriffe	329
	aa) Die Bestimmtheit der Tatbestandsmerkmale	329
	bb) Die Angemessenheit der strafrechtlichen Eingriffe	332
5.	Art. 3 GG – Grundrecht auf Gleichheit auch im materiellen Strafrecht?	340

a)	Gleichbehandlung von Täter und Teilnehmer durch Aufgabe der herkömmlichen Beteiligungssystematik	341
b)	Ungleichbehandlung von »normalen Bürgern« und Personen im »Dunstkreis des islamistischen Terrorismus«	342
c)	Ungleichbehandlung »normaler Gewalttaten« und »terrorismusspezifischer Gewalttaten«	343
d)	Resumee	344
II.	Grundrechtseingriffe durch die strafrechtliche Sekundärsanktion – Art. 2 Abs. 2 S. 1 iVm. 104 GG	345
1.	Schutzbereich	345
2.	Eingriff	346
3.	Schranken des Art. 2 Abs. 2 S. 3 GG	346
4.	Die Grenze der staatlichen Eingriffe – Angemessenheit	347
a)	§ 89a Abs. 1 S. 1 StGB	348
b)	§§ 89b Abs. 1, 91 Abs. 1 StGB	351
III.	Aufweichung grundrechtlicher Garantien im Strafprozess	351
1.	Recht auf ein faires Verfahren - Art. 2 Abs. 1 GG, 20 Abs. 3 GG	352
2.	Das Legalitätsprinzip - Art. 2 Abs. 1, 20 Abs. 3 GG	357
3.	Unabhängigkeit der Richter – Art. 97 Abs. 1 GG	360
4.	Recht auf den gesetzlichen Richter - Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	364
5.	Resumee	366
Fünfter Teil: Die §§ 89a, 89b und 91 StGB unter dem Blickwinkel des Europa- und Völkerrechts		367
A.	Grenzen der §§ 89a, 89b und 91 StGB durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	367
B.	Grenzen der §§ 89a, 89b und 91 StGB durch die Europäische Menschenrechtskonvention	369
I.	Das Recht auf Freiheit und Sicherheit nach Art. 5 EMRK	372
1.	Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. c EMRK	372
2.	Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. a EMRK	373
II.	Die Unschuldsvermutung nach Art. 6 Abs. 2 EMRK	374
1.	Auswirkungen der Unschuldsvermutung auch auf das materielle Strafrecht?	375
2.	EMRK-konforme Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB	377
III.	Das Recht der Gedankenfreiheit nach Art. 9 Abs. 1 EMRK	378

1. Die Freiheit der Gedanken als eigenständiges Menschenrecht	379
2. Die subjektive Strafbegründung und die Gedankenfreiheit	380
3. Plädoyer für eine Stärkung der Gedankenfreiheit	381
C. Der (internationale) Geltungsbereich des neuen Staatsschutzstrafrechts	383
I. Die Systematik des deutschen Strafanwendungsrechts der §§ 3 ff. StGB	386
II. Das Verhältnis der §§ 89a Abs. 3 und 89b Abs. 3 StGB zu den §§ 3 ff. StGB	387
1. Der europäische Strafanwendungsbereich iSd. §§ 89a Abs. 3 S. 1 und 89b Abs. 3 S. 1 StGB	387
2. Der außereuropäische Strafanwendungsbereich iSd. §§ 89a Abs. 3 S. 2 und 89b Abs. 3 S. 2 StGB	390
a) § 89a Abs. 3 S. 2 StGB	390
aa) Legitimierende Anknüpfungspunkte der deutschen Strafverfolgung	392
bb) Resümee: § 89a Abs. 3 S. 2 StGB als partieller Verstoß gegen das Völkerrecht	402
b) § 89b Abs. 3 S. 2 StGB	402
III. Der universale Strafanwendungsbereich des § 91 StGB	403
1. Realer Handlungsort innerhalb Deutschlands	404
2. Realer Handlungsort außerhalb Deutschlands	404
a) Das Zusammenspiel des § 9 Abs. 1 Alt. 3 StGB und § 91 StGB	405
aa) »Virtuelle Anwesenheit« durch Nutzung eines deutschen Servers	406
bb) »Virtuelle Abwesenheit« durch Nutzung eines ausländischen Servers	407
b) Eigener Ansatz: Anwendbarkeit des § 9 Abs. 1 Alt. 4 StGB auf § 91 StGB	413
3. Resümee	414
IV. Auswirkungen des Völkerrechts auf den Geltungsbereich der §§ 89a, 89b und 91 StGB	414
 Sechster Teil: Zusammenfassung und Änderungsvorschläge	 415
A. Wesentliche Erkenntnisse der verfassungsrechtlichen Untersuchung	415
B. Verfassungsrechtlich notwendige Änderungsvorschläge	417
I. Spezifische Anregungen für die materiellen Strafnormen	417

1. Anregungen für § 89a StGB	417
2. Anregungen für § 89b Abs. 1 StGB	420
3. Anregungen für § 91 Abs. 1 Nr. 2 StGB	420
II. Spezifische Anregungen für die strafprozessualen Verweisungsnormen	421
C. Leitlinien für die zukünftige Weiterentwicklung eines modernen und rechtsstaatlichen (Terrorismus)Strafrechts	422
Literaturverzeichnis	425

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.D.	außer Dienst
a.M.	am Main
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJIL	American Journal of International Law
Alt.	Alternative
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
AnwBl.	Anwaltsblatt
Anw-StGB	AnwaltKommentar Strafgesetzbuch
AöR	Archiv des Öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
AVR	Archiv des Völkerrechts
AZRG	Gesetz über das Ausländerzentralregister
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landgericht
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten
BMI	Bundesministerium des Innern
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

Abkürzungsverzeichnis

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCC	Constitutio Criminalis Carolina
CDU	Christliche Demokratische Union
ChemG	Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen - Chemikaliengesetz
CIA	Central Intelligence Agency
CNN	Cable News Network
CR	Computer und Recht
CSU	Christlich-Soziale Union
D.	Digesten
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-StGB	Strafgesetzbuch der deutschen demokratischen Republik
ders.	derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DuR	Demokratie und Recht
ed.	edictum
E-Dschihad	Elektronischer Dschihad
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUCH	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f./ff.	und folgende Seite/n
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
G. v.	Gesetz vom
GA	Goltdammers´ s Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls

GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVVG	Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten
GwG	Geldwäschegesetz
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten - Geldwäschegesetz
h.M.	herrschende Meinung
HFR	Humboldt Forum Recht
HRRS	Online Zeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i.e.S.	im engeren Sinne
i.w.S.	im weiteren Sinne
ICJ	International Court of Justice
IGH	Internationaler Gerichtshof
IMSI	International Mobile Subscriber Identity
insb.	insbesondere
IPG	Internationale Politik und Gesellschaft
iSd	im Sinne des
ISI	Inter-Services-Intelligence
iVm.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JR	Juristische Rundschau
Judg.	Judgement
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung
KOM	Kommission
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz

LG	Landgericht
lit.	littera
LJIL	Leiden Journal of International Law
LK-StGB	Strafgesetzbuch. Leipziger Kommentar
LKW	Lastkraftwagen
m. Anm.	mit Anmerkung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MMR	Multimedia und Recht
MPI	Max-Planck-Institut
MschR Krim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MüKo StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
n. Chr.	nach Christus
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Numero
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
NS-Regime	Nationalsozialistisches Regime
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungsreport
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OLG	Oberlandesgericht
öStGB	Strafgesetzbuch der Republik Österreich
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PKW	Personenkraftwagen
PolG BW	Polizeigesetz Baden-Württemberg
RAF	Rote Armee Fraktion
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RV	Reichsverfassung
S.	Satz oder Seite
ser.	series
SK-StPO	Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung
sog.	sogenannte/n/r
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland
StIGH	Entscheidungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofs
STL	Special Tribunal for Lebanon
StPO	Strafprozessordnung der Bundesrepublik Deutschland
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TKÜ	Telekommunikationsüberwachung
u.a.	und andere oder unter anderem
U.K.	United Kingdom
U.S.	United States
u.U.	unter Umständen
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
USC	United States Code
v. Chr.	vor Christus
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante/n
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VG	Verwaltungsgericht
VGH BW	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
Vol.	Volume
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
WaffG	Waffengesetz
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Wirtschafts- und Bankrecht
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
zB.	zum Beispiel
ZFdG	Zollfahndungsdienstgesetz
Ziff.	Ziffer
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik

Abkürzungsverzeichnis

ZollVG

Zollverwaltungsgesetz

ZRP

Zeitschrift für Rechtspolitik

ZStW

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft